

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Laurenz Meyer (Hamm),
Dr. Heinz Riesenhuber, Veronika Bellmann, weiterer Abgeordneter
und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Dr. Rainer Wend, Martin Dörmann, Dr. Ditmar Staffelt,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5908 –**

Die Zukunft der deutschen Luftfahrtindustrie sichern

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Schui, Dr. Barbara Höll,
Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/6395 –**

**Initiative Frankreichs aufgreifen – EADS durch Kapitalerhöhung stärken und
staatliche Sperrminorität sicherstellen**

A. Problem

Zu Nummer 1

Vor dem Hintergrund von Umstrukturierungen beim europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, sich für das deutsch-französische Gleichgewicht bei EADS einzusetzen.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, eine öffentliche Kapitalerhöhung beim Luftfahrtkonzern EADS durchzuführen und so die entsprechende Anregung des französischen Staates aufzugreifen. Diese gewonnene Sperrminorität soll dafür genutzt werden, das Programm „Power 8“ zu prüfen und keine Werksverkäufe zuzulassen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5908 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6395 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- a) den Antrag auf Drucksache 16/5908 anzunehmen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/6395 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Heinz Riesenhuber

I. Überweisung

Der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD auf **Drucksache 16/5908** wurde in der 108. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juli 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung überwiesen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/6395** wurde in der 115. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. September 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung überwiesen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen wurde darüber hinaus an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Nummer 1

Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, ausgelöst durch die Lieferverzögerung beim Airbus A380, Fehlentscheidungen des Managements und den schwachen Dollarkurs steht der Konzern vor besonderen Herausforderungen. Das Großunternehmen, dessen deutscher Zweig erhebliche Arbeitskräfte bindet und mehr als 15 Prozent des Umsatzes in Forschung und Entwicklung investiert, will die Anzahl der Zulieferbetriebe reduzieren und nur noch mit einer geringen Zahl von Modul- und Systemlieferanten zusammenarbeiten.

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, das deutsch-französische Gleichgewicht beim Konzern zu wahren, die vorgesehenen Sanierungspläne rasch zu konkretisieren, sich für den Verbleib von Schlüsselindustrien in Deutschland einzusetzen und darauf zu achten, dass deutsche Standorte bei der Entwicklung und Produktion angemessen berücksichtigt werden.

Zu Nummer 2

In dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Initiative der Französischen Republik aufzugreifen und von öffentlicher Seite das Kapital beim Airbus-Mutterkonzern EADS zu erhöhen. Hierdurch soll die Übertragung öffentlicher Stimmrechte an Privatkonzerne beendet werden. So könnte eine „öffentliche Sperrminorität“ wirksam werden, mit Hilfe derer das Sanierungsprogramm „Power 8“ überprüft werden könne und Werksverkäufe verhindert werden könnten.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, Waffenexporte an kriegführende Staaten und in Krisengebiete zu unterbinden und insgesamt auf eine zivile Produktion umzustellen. Der geplante Verkauf von Werken gefährde Unternehmen und Belegschaft; auch die von möglichen Standortschließungen betroffenen Ministerpräsidenten hätten eine Staatsbeteiligung nicht ausgeschlossen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksachen 16/5908 und 16/6395 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 52. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Vorlage in seiner 62. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 42. Sitzung am 24. Oktober 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

IV. Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

An der öffentlichen Anhörung, die in der 44. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am 8. Oktober 2007 zu dem Thema „Die Zukunft der deutschen Luftfahrtindustrie“ durchgeführt wurde, haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Unternehmen/Verbände

IG Metall-Küste (Jutta Blankau)

Diehl Gruppe (Dr.-Ing. E. h. Thomas Diehl)

Rolls-Royce Deutschland Ltd. & Co. KG (Dr. Michael Haidinger)

Air Berlin AG (Lothar Schulz)
EADS-Gesamtbetriebsrat (Rüdiger Lütjen)
Lufthansa AG (Wolfgang Mayrhuber)
Liebherr-Aerospace Lindenberg GmbH (Francis Niss)
BDLI (Dietmar Schrick)
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. (Prof. Dr. Joachim Szodrach).

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat in seiner 43. Sitzung am 19. September 2007 beschlossen, eine öffentliche sowie eine nichtöffentliche Sachverständigenanhörung durchzuführen. Die öffentliche Anhörung erfolgte in seiner 44. Sitzung am 8. Oktober 2007. Die nichtöffentliche Anhörung erfolgte in seiner 46. Sitzung am 11. Oktober 2007. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat die Anträge auf Drucksachen 16/5908 und 16/6395 in seiner 48. Sitzung am 24. Oktober 2006 abschließend beraten.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD vertreten die Auffassung, der eigene Antrag sei eine gute Grundlage, um die Zukunft der deutschen Luftfahrtindustrie zu sichern, da er die Wettbewerbsfähigkeit von Airbus fördere. Der Antrag unterstütze die Defragmentierung der Zuliefererindustrie, auch wenn die Industrie dies im Ergebnis selbst leisten müsse. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei nicht zielführend. Es sei besser, wenn ein Unternehmen bewusst am Markt bleibe, als dass der Staat seine Anteile erhöhe. Darüber hinaus sei eine Sperrminorität auf deutscher Seite, wie sie die Fraktion DIE LINKE. wünsche, nicht erreichbar, da es sich bei EADS um eine niederländische Aktiengesellschaft handele. Nach niederländischem Recht gäbe es keine Sperrminorität.

Die Fraktion der FDP meinte hinsichtlich des Koalitionsantrags, man müsse die Luftfahrtindustrie nicht nur stützen, sondern man müsse die Rahmenbedingungen verbessern. Die deutsche Industriepolitik könne mit ihren begrenzten

Mitteln und mit ihren Rahmenbedingungen den deutschen Mittelstand nicht schützen und damit nicht verhindern, dass Unternehmen in das günstigere Ausland abwandern. Des Weiteren fehle es an einer Antwort auf die Forderungen der Industrie.

Die Fraktion DIE LINKE. äußerte ihre Skepsis, dass der Koalitionsantrag dazu beitragen werde, dass Schlüsselindustrien in Deutschland verblieben und dass die deutschen Standorte in Deutschland gesichert werden. Der Koalitionsantrag sei mit den Wünschen der Industrie nicht kompatibel, da diese anscheinend beabsichtigen, viel in das Ausland zu verlagern. Ohne eine staatliche Einflussnahmemöglichkeit seien die gewünschten Ziele nicht zu erreichen. Eine Sperrminorität sei formal über einen Aktionärspakt nach französischem Recht möglich.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war der Ansicht, der Koalitionsantrag gehe nicht weit genug, insbesondere im Hinblick auf das, was in der Anhörung besprochen wurde. Der Antrag beschäftige sich in perspektivischer Hinsicht nicht ausreichend mit der Frage, wie eine ausgeglichene Balance zwischen Frankreich und Deutschland bei EADS erreicht und erhalten werden könne. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei der denkbar falscheste Weg, um im Hinblick auf Airbus zu reagieren, und sei mithin abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 16/5908 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss ferner mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/6395 zu empfehlen.

Berlin, den 24. Oktober 2007

Dr. Heinz Riesenhuber
Berichterstatter

